

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugnehmern und in allen Läden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatlich (mit Haus 2.50 M., halbjährlich 1.25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690 Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-1, Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0.35 RM. für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1.50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-1, Ostbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Abonnements

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 14. März 1929

Nummer 62

Der erste oppositionelle Wahlerfolg in Ostachsen

Mally schlägt Reformisten / Massenentlassungen als Antwort auf Oppositionsvormarsch bei Gechter & Kühne
„Linke“ Sozialdemokraten als Initiatoren der spalterischen Erpressungskampagne im DMB und Verkehrsbund!

GBD-Gonderlisten gegen Belegchäftslisten!

Dresden, den 14. März
Nach lauten ununterbrochenen Anfragen über die Einzelheiten der löblichen Spaltungssaktion im DMB ein, und schon erreicht uns die Nachricht vom ersten großen oppositionellen Wahlerfolg in Ostachsen. Bei

Gebrüder Mally, Frettal

hat die von den Kommunisten geführte Opposition einen sensationellen Erfolg über die Reformisten errufen. Bei der erfolgten Betriebsratswahl wurden sechs Oppositionelle und ein Reformist gewählt. Die Vorgeschichte dieser Wahl ist jedoch so charakteristisch für die Richtigkeit der oppositionellen Auffassungen über das Vertrauen der Massen, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen. In der freigewerkschaftlichen Funktionärssitzung des Betriebes wurde nämlich mit Mehrheit eine Liste aufgestellt, in der zwar von 7 Vorschlägen 3 Kommunisten waren, jedoch war als Spitzenkandidat der Sozialdemokrat Brauner aufgestellt worden, während ein Teil unserer Genossen nur als Ersatzleute aufgestellt wurden. Als man diese Vorschläge der Belegchäftsversammlung vorlegte, war die Liste nicht einverstanden, sondern machte noch andere Vorschläge. So wurde eine Stimmzettwahl erzwungen, die das Ergebnis brachte, das einen Aussichtsrich in das Gesicht der Reformisten warf. Der Höhe der Stimmzahl nach wurde folgende Liste aufgestellt:

- | | |
|------------------------|-----------|
| 1. Schäblich, E. . . . | KPD |
| 2. Vogt, E. . . . | KPD |
| 3. Kahle, M. . . . | KPD |
| 4. Korge, W. . . . | KPD |
| 5. Pila, W. . . . | KPD |
| 6. Ebert, P. . . . | parteilos |
| 7. Krüger, Fritz . . . | parteilos |

Der von der freigewerkschaftlichen Funktionärssitzung als Spitzenkandidat nominierter Sozialdemokrat Freyherz kam nur auf die Liste der Ersatzleute, und zwar erst an dritter Stelle. Der Erfolg dieser Wahl beweist, daß die Gruppe Schillerer noch einen beträchtlichen Vorsprung zu bringen hatte, der berücksichtigt werden mußte, ist nachträglich ein Sozialdemokrat als aktives Betriebsratsmitglied aufgestellt worden. Dieser Erfolg in der Belegchäftsversammlung ist jedoch nicht bereinigt. Für die Stimmung der Belegchäftsleute zeigen auch Vorgänge bei der Firma

Gechter & Kühne, Heidenau

Dort hat sich die SPD zur Betriebsratswahl ein besonders starkes Stützchen geleistet. Der Arbeiterrat hatte in einer Sitzung mit 5 gegen 2 Stimmen beschlossen, zur Aufstellung der Kandidaten eine Belegchäftsversammlung einzuberufen. Die SPD sabotierte, wie immer, auch diese Betriebsratsversammlung und schickte nur einen Sprecher hin. Dieser gab dort die Erklärung ab, daß alle die Kollegen, die auf dieser Liste kandidierten, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen würden. Trotzdem fanden dann nicht den Mut, gegen die Liste zu stimmen.

Auf dieser von der Belegchäftsversammlung gegen nur eine Stimme gewählten Liste befinden sich nur gewerkschaftlich organisierte Kollegen.

Run beriet der Obmann der Vertrauensleute eine Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder ein, ohne den Vertrauensmännern zuzusagen. In diesem Sinne sprach er unter der Einladung: „Die Gewerkschaftsfunktionäre“.

In dieser Versammlung erschien der berüchtigte DMB-Angriffslite Gustav Müller, den man letzterzeit aus Heidenau wegnehmen mußte, da er sonst die ganze Organisation zertrampelt hätte.

Gleich bei Anfang der Versammlung erklärte Lindner (Obmann), daß alle die wegen der Krankentafelwahl mit Ausschluß bedachten Kollegen das Lokal verlassen sollten. Diese Kollegen erklärten, daß sie sich noch wie vor zur Gewerkschaft gehörig betrachteten, da ja ihr Ausschluß noch gar nicht perfert ist.

Run trat Müller in Erscheinung. Ohne sich weiter um die Rechte des Versammlungsleiters zu kümmern, erteilte er nach Durchsicht des Wortprotokolls die Beschlüsse, und nach dem er sah, daß er nicht durchkam, schloß er kurzerhand die Versammlung.

Am anderen Tage überreichte ein Sozialdemokrat dem Belegchäftsrat

eine eigene Liste der SPD gegen die Belegchäftsliste

Rundmehrheit der Kandidatenliste, die nach den Beschlüssen des DMB-Verbandes in einer Belegchäftsversammlung

aufgestellt wurde, eine zweite, sozialdemokratische Liste entgegen.

Jetzt ist für eine Abstellung vom Unternehmer Streitzgana beantragt worden, und etwa

70 Kollegen wurden kurzerhand auf die Straße geworfen

Darunter befinden sich auch etliche Kollegen, die auf der von der Belegchäftsliste aufgestellten Kandidatenliste stehen. Auf diese Weise „for glert“ der Unternehmer, Hand in Hand mit den Reformisten, die Willensäußerung der Belegchäftsleute.

Reform nicht abgeleugnet werden kann die Tatsache, daß trotz der Neuartigkeit des entschlossenen Auftretens der Opposition bei den diesjährigen Betriebsratswahlen ein großer Teil der Belegchäftsleute sehr schnell begriffen hat, daß tatsächlich nur die Opposition die Vertretung seiner Interessen übernimmt und daß aus diesem Grunde die Opposition auch auf die Unterstützung der Belegchäftsleute rechnen kann. Diese Tatsache ist es auch, die den unerhörten, schamlosen Erpressungsversuch der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber den Vertretern des revolutionären Klassenkampfes in ihrem wahren Zusammenhang erkennen läßt.

Worauf besteht das Erpresserspiel an dem Vorgehen der DMB-Bürokratie gegenüber den oppositionellen Kandidaten zu den Betriebsratswahlen?

Zunächst verhindert die Bürokratie bewußt die Zustimmung einer der wahren Stimmung der Belegchäftsleute entsprechenden Vertretung der Opposition im Rahmen der freigewerkschaftlichen Vorschläge, mit der Begründung, die Opposition richte sich nach den Anweisungen einer politischen Partei. Dabei versucht die Bürokratie zu verschleiern, daß sie selbst seit Jahren im Dienst einer politischen Partei steht, allerdings nicht wie die Opposition, einer revolutionären Partei, sondern der reformistischen Partei des Koalitionshandels mit dem Bürgertum. Ist auf diese Weise die Opposition gezwungen, die Belegchäftsleute anzurufen und das wahre Verhältnis zu erproben, ist sie also gezwungen, mit einer eigenen Liste aufzutreten, um die Arbeiterdemokratie in Anwendung zu bringen, dann wird den Kandidaten eine vorgebrachte Karte zugeschickt, in der diese ihre politische Selbstkategorisierung vornehmen sollen, und gleichzeitig bei einer Bemerkung der Ausschluß angedroht. Wie sorgfältig und schnell die Bürokratie im Gegensatz zu ihrer sonstigen Tätigkeit in diesen Fällen zu arbeiten pflegt, dafür ist bei

Seidel & Naumann

ein typischer Beweis erbracht. Am Montag, dem 11. März, wurde die Liste der Opposition eingereicht. Bereits am Dienstagabend resp. Mittwoch früh waren die Kandidaten im Besitz des Erpresserscheins der DMB-Organverwaltung Dresden. Es ist die Antwort Max Teubers und seiner Auftraggeber auf den schäfflichen Kampf der Opposition, um die Zurückweisung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie bei Seidel & Naumann. Schon bei Erklärung des Betriebsratswahlkampfes wiesen wir darauf hin, daß der Fall Seidel & Naumann eine typische Rolle

Deutschland, das Paradies für Fememörder

Das Urteil gefällt: Fünf Jahre Gefängnis für Heines

Stettin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde das Urteil im Stettiner Prozeß verkündet. Der Angeklagte Heines wird wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Ottow wegen Totschlags zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Fröhel wegen Beihilfe zum Totschlag zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Bär wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten Vogt, Krüger, Vandemer werden freigesprochen.

Der Haftentlassungsantrag von Heines wird abgelehnt. Die Untersuchungshaft wird allen Angeklagten voll angerechnet.

Eine Komödie, die 14 Tage lang rohte, hat ihren Abschluß gefunden. Kein Mensch war sich mehr über den Ausgang des Prozesses im Zweifel. Der Antrag des Staatsanwaltes, der bei Heines die Todesstrafe und bei den anderen Angeklagten Zuchthaus beantragte, war nichts als Farce! Wie konnte das Gericht anders handeln, wenn offen festgestellt wurde, daß die Nordbanditen im Auftrag und unter genauer Kenntnis der Regierungskosten handelten. Der kleine Metallarbeiter von Bielefeld — Severing — war über die Zusammenarbeit der fascistischen Verbände der legalen und illegalen Reichswehr bestens informiert. Heute kann in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die vielen Fememorde, das Massenabfließen, in Oberschlesien den Severing und Co. befannt war. Und sie schwiegen nicht nur, sondern durch ihre Tätigkeit wurden die Nordbanditen erst zu gesteigerter Mordarbeit angefaßt!

Die vergangenen Prozesse gegen Fememörder hatten alle denselben Ausgang — man vergleiche diese Prozesse aber mit den gegen revolutionäre Arbeiter gefällten Urteilen! So leisten die sozialdemokratischen Führer dem Faschismus Vorschub! In der SPD-Presse aber werden diese Demagogien heute ein Gewimmern über das milde Urteil, das jetzt unter dem Auftrag des Staatsanwaltes gefällt, anstimmen, um dadurch über die Schuld der SPD

hinwegzutäuschen. Die Arbeiter aber haben aus der Vergangenheit gelernt und kein demagogisches Manöver der SPD wird imstande sein, die Tatsache der Schuld der SPD zu verschleiern.

Strafverfahren gegen Orloff unter öffentlichem Druck

Der Erfolg der kommunistischen Enthüllungen

Berlin, 14. März. (Hjg. Drahtbericht.)

Die Sowjetbotschaft in Berlin hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Sowjetregierung die Aufführung der Akte des Dokumentenfälschers Orloff durch ein Strafverfahren wünscht.

Unter dem Druck unserer außerordentlichen Enthüllungen über die Tätigkeit Orloffs, die von einem großen Teil der wichtigsten Auslandspresse wiedergegeben wurde und nicht zuletzt unter dem Druck der kommunistischen Intervention haben die Behörden sich endlich entschließen müssen, gegen Orloff ein Strafverfahren einzuleiten. Das ist immerhin ein Teilerfolg, wenn wir auch nicht verkennen, daß die Unterbrechung solange wirkungslos bleibt, solange an ihr jene beteiligt sind, die mit Orloff intime Beziehungen unterhalten haben.

Wie Sozialdemokraten Mitglieder werben

Ein typisches Beispiel für die außerordentliche Verblümpung der SPD-Führer infolge ihrer Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie wird aus Kojewin i. Sa. berichtet. Der dortige Stadtrat und Sozialdemokrat Kademann versuchte unseren Genossen und Stadtrat Gerstenberger dadurch täuschlich für die SPD zu gewinnen, indem er ihm für den Fall seines Uebertritts zu dieser Partei den Posten eines ersten Bevollmächtigten im Metallarbeiterverband anbot. Solange er Mitglied der SPD sei könne er das nicht werden. Unser Genosse wies natürlich dieses Korruptionsangebot entwürdigend zurück. Diese Korruptionshelden glaubten eine gleiche Lumperei gegenüber unserem Genossen durchzuführen zu können, wie sie mit Erfolg in einem anderen bezeichnenden Falle gehandelt hatten. Dieselben SPD-Führer in Kojewin stellten nämlich einem der dortigen Bürgerlichen, der eine Stelle als Bürgermeister suchte und dazu politische Referenzen benötigte, ein Mitglied der SPD aus und ließen rückwärts die Beitragsmarken auf ein Jahr. Dieser so als irrammer SPD-Mann legitimierte Stadtrat wurde denn auch wirklich Bürgermeister